

Vernehmlassung

Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (Krebsregister)



Sozialdemokratische Partei
Kanton Schwyz

Pfäffikon, 29. April 2018

Vernehmlassung: Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (Krebsregister)

Sehr geehrter Herr Landammann
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Herren Regierungsräte
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Schwyz bedankt sich für die Einladung zur Vernehmlassung betreffend der Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (Krebsregister). Gerne bitten wir Sie um Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Allgemeines

Krebs ist die zweithäufigste Todesursache in der Schweiz. Er stellt sogar die häufigste Todesursache bei Männern zwischen 45 und 84 Jahren und bei Frauen zwischen 25 und 84 Jahren dar. Ungefähr einer von fünf Menschen erkrankt vor dem 70. Lebensjahr an Krebs. Krebs ist die häufigste Ursache für vorzeitige Sterblichkeit. Eine von dreizehn Personen wird infolge Krebs hospitalisiert. Diese Zahlen begründen eindrücklich die Wichtigkeit von Präventions- und Früherkennungsmassnahmen, für die Erfassung der Versorgungs-, Diagnose- und Behandlungsbedarf für die Bevölkerung – auch im Kanton Schwyz.

Neben den Kantonen Solothurn und Schaffhausen ist der Kanton Schwyz der einzige Kanton in der Schweiz, welcher es bisher versäumt hat, eine Krebsregistrierung einzuführen. Die SP unterstützt die Errichtung eines Krebsregisters. Anzumerken ist jedoch, dass neben jeder Präventions- und Behandlungsmassnahme, die Betreuung von früherkrankten jüngeren Menschen im Endstadium einer Krebserkrankung, eine palliative Pflege sowie ein würdiges Sterben in spezifischen Sterbehospizen unabdingbar sind. Eine entsprechende Regelung findet sich nicht in dieser Teilrevision.

Antrag zu § 12b Abs. 2 E-GesG

Der Regierungsrat kann die Registrierführung einer öffentlich-rechtlichen ~~oder privaten~~ Organisation oder Einrichtung übertragen.

Begründung:

Wir erachten die Führung eines Krebsregisters als eine staatliche Aufgabe, welche nicht an private Organisationen übertragen werden sollte. Der mögliche „Gewinn“ einer Auslagerung steht in keinem Verhältnis zur Gefahr von Interessenskonflikten oder möglichem Missbrauch höchst privater Daten durch private Organisationen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei

Kanton Schwyz



Andreas Marty
Präsident



Luka Markić
Partei- und Fraktionssekretär